

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

14.02.2023

Inhalt

EWN

1 LNG-Terminal vor Rügen: Wirtschaftsminister Meyer hat Bedenken <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 14.02.2023</i>	3
2 Liegt vor Sellin bald ein LNG-Terminal? <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 14.02.2023</i>	4
3 Angst vor polnischen Meilern <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.02.2023</i>	6
4 Innovation im Lubminer KKW nach Störfall <i>Ostsee-Zeitung.de, 13.02.2023</i>	9

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 14.02.2023 | S. 7

 Auflage: 27.664 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

UMSCHLAG VON FLÜSSIGERD GAS

LNG-Terminal vor Rügen: Wirtschaftsminister Meyer hat Bedenken

Anleged tower für die FRSU und LNG-Tanker vor Ostsee-Insel geplant. LNG-Beschleunigungsgesetz müsse nachgebessert werden, sagt Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD).

Der Standort der vor Rügen geplanten Anleged tower für das LNG-Terminal des Bundes sorgt in der Landesregierung für Bedenken. Eine Genehmigung für die Pipeline ohne eine positive Prognose für den Bau der vor Rügen geplanten Offshore-Stationen werde es nicht geben, stellte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) am Montag klar. Für ihn als Tourismus- und Energieminister sei das Vorhaben ein „großer Spagat“. Mit sechs Millionen Übernachtungen pro Jahr sei der Tourismus auf Rügen „ein ganz wichtiger Wirtschaftsfaktor.“ Man habe die Bundesregierung gebeten, Alternativen in die Prüfungen mit aufzunehmen.

Nach Einschätzung des Landes gibt es zudem noch rechtliche Unsicherheiten im LNG-Beschleunigungsgesetz für den Bau dieser Stationen. Im Beschleunigungsgesetz sei lediglich Lubmin als einer von vier bundesweiten LNG-Terminalstandorten genannt, nicht aber die Ostsee vor der Küste Rügens. „Wenn man ein Offshore-Terminal vor Rügen errichtet, dann wird jeder verstehen, dass man das nicht so einfach unter Lubmin subsumieren kann“, so Meyer. Man habe inzwischen eine „sehr intensive Debatte“ mit dem Bund geführt. „Bevor es zu einer Genehmigung der Pipeline kommt, muss das Gesetz geändert sein“, sagte Meyer.

Die Gas Link Lubmin GmbH als Tochter des Energiekonzerns RWE will im Auftrag des Bundes bis zum Winter das „Ostsee LNG“ errichten - mit einer 37,5 Kilometer langen Pipeline zwischen Lubmin und den Anleged towers, die jetzigen Planungen zufolge etwa 4,5 bis 6,5 Kilometer vor Sellin an der Ostküste Rügens entstehen sollen. Gegen die Industrieanlage mit bis zu vier Anleged plätzen für FRSU (Regasifizierungseinheiten) sowie maximal vier LNG-Tankern unmittelbar vor der touristisch geprägten Ostküste Rügens formiert sich auf der Insel heftiger Widerstand. „Auch wenn die

Energiesicherheit im überragenden öffentlichen Interesse ist, so ist doch dieses Genehmigungsverfahren kein Selbstläufer“, sagte Meyer. Der Bau der Offshore-Terminals vor Rügen stelle eine „erhebliche Beeinträchtigung“ dar.

Die Deutsche Umwelthilfe kritisiert die Pipeline-Kapazität von bis zu 38 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Die Pläne seien völlig überdimensioniert, sagt DUH-Energieexperte Constantin-Zerger. Der Bau nur wenige Kilometer vor der Küste Rügens wäre eine beispiellose Industrialisierung der Ostsee. Gemessen an den Projekten in Wilhelmshaven oder Brunsbüttel wären die Lubminer Dimensionen „gigantisch“.

Nach Angaben des Bergamtes hat RWE angekündigt, bis April die Unterlagen für die umstrittenen Anleged stations einzureichen. Erst nach einer positiven Genehmigungsprognose werde auch über den Bau der Pipeline entschieden, so der Leiter des Bergamtes Thomas Triller. Der Genehmigungsantrag sehe zudem Alternativenprüfungen vor. Man erwarte dabei auch Aussagen über den Hafen Sassnitz-Mukran.

Die Unterlagen für den Bau der 37,5 Kilometer langen Pipeline sollen vom 21. bis 28. Februar öffentlich ausgelegt werden, so dass sich die Träger öffentlicher Belange beteiligen können. Mit dem Bau der Pipeline will die RWE-Tochter Mitte Mai und damit nach Ende der Heringslaichsaison beginnen. Verwendet werden sollen unverbaute Rohre der Nord Stream 2. Nach Angaben des Landes führt der Bund dazu Verhandlungen über den Kauf der Rohre. Mit der Trasse für das regasifizierte LNG würde dann die fünfte Pipeline durch das sensible Küstengewässer gezogen werden, parallel zu den vier Röhren der Nord Stream 1 und Nord Stream 2. Eine Nutzung der verlegten Nord Stream-Pipelines für das Vorhaben hatte der Bund bereits ausgeschlossen.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 14.02.2023 | S. 13-SEITE 13

📄 Auflage: 17.219 | Reichweite: 47.760

👤 Uwe Reißenweber

Liegt vor Sellin bald ein LNG-Terminal?

Die Planungen für eine Offshore-Flüssiggasanlage unweit Rügens sind in vollem Gange. Gestern informierte Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhard Meyer (SPD) über das Thema mit Explosivkraft

Es ist ein Thema, das noch eine gewisse Sprengkraft entwickeln kann: „Für mich ist das ein großer Spagat zwischen Tourismusminister und Wirtschaftsminister, und wie jeder Spagat wird das auch etwas schmerzhaft sein“, sagte gestern in Schwerin Reinhard Meyer (SPD), der beide Funktionen in seinem Amt vereint. Die Rede ist vom zweiten LNG-Terminal, das an der Küste Mecklenburg-Vorpommerns gebaut werden soll. Das in Lubmin arbeitet schon, für das vor der Urlaubsinsel Rügen sind die Planungen im vollen Gange.

In Frage kommt laut dem Wirtschaftsminister ein Standort je nach Lage 4,5 bis 6,5 Kilometer von der Seebrücke Sellin entfernt. Zwei Plattformen seien geplant, an denen jeweils ein Gasumwandlungsschiff festgemacht werden kann. An diese zwei Schiffe wiederum kann jeweils ein LNG-Tankschiff andocken. „Das bedeutet im Klartext, dass wir vor der Küste Rügens dann zwei Plattformen haben mit maximal vier Schiffen von jeweils 250 Meter Länge.“ Hinzu komme eine etwa 38 Kilometer lange Pipeline und ein 750 Meter langer Tunnel bei Lubmin. Von dort aus soll das Gas dann in die Landnetze eingespeist werden. Der Bau der Pipeline soll nur dann in Angriff genommen werden, wenn für das Terminal eine positive Prognose vorliege, so Meyer.

Vogelschutz und Wasserqualität in Gefahr

Man prüfe auch, ob andere Standorte in Frage kommen. Das Land habe die Bundesregierung gebeten, Alternativen in die Prüfungen mitaufzunehmen. Meyer brachte den Hafen von Mukran auf Rügen als Alternative zur Offshore-Lösung ins Spiel.

Ein Problem sei auch, dass europäische Vogelschutzgebiete gequert würden, ein weiteres eine mögliche Beeinträchtigung der Wasserqualität durch Chlor und schließlich habe man acht auf Schallemissionen. Nahe Lubmin beschwerten sich seit Wochen Anwohner über Lärm, der vom dortigen Terminal der Regas AG

stammen könnte. Das neue Projekt plant die RWE AG, die eigens eine Tochter dafür gegründet hat.

„Das bedeutet erhebliche Veränderungen vor Rügen, die auch kommuniziert werden müssen. Ich wünsche mir eine offene Kommunikation von RWE“, sagte der Minister. Mit 6,2 Millionen Übernachtungen stelle der Tourismus eine enorme Wirtschaftskraft in der Region dar. „Die Energieversorgung und -sicherheit ist für das Land wie für den Bund von überragendem öffentlichen Interesse. Doch deshalb ist das Projekt kein Selbstläufer“, so der Ressortchef.

Die Unterlagen sollen am Donnerstag in digitaler Form den anerkannten Naturschutzverbänden und den Trägern öffentlicher Belange, wie Behörden, übergeben werden. Die hätten dann vier Wochen Zeit für ihre Stellungnahmen. Die öffentliche Auslegung der Unterlagen ist für den 21. bis 28. Februar geplant. Bis zum 6. März ist dann Zeit für mögliche Einwendungen. Bis zum 17. März hat dann wieder RWE Zeit für Erwidern, anschließend ist der Erörterungstermin vorgesehen. Frühester Baubeginn für die Pipeline sei der 15. Mai, auch um den laichenden Hering zu schützen. Wie das Terminal einmal genau aussehen soll, stehe noch nicht fest, sagten sowohl Meyer als auch der Chef des Bergbauamtes Stralsund, Thomas Triller. Möglicherweise könne man es sich wie eine Bohrinsel auf drei Stelzen vorstellen.

Umwelthilfe kritisiert überdimensionierte Pläne

Skurriles Detail: Laut Meyer sei der Bund in Gesprächen, um sich Rohre von insgesamt 60 Kilometer Länge, die für die Erdgaspipeline Nord Stream 2 vorgesehen waren und die in Mukran lagern, für den Bau der neuen Pipeline von Rügen nach Lubmin zu sichern. Aufgrund des russischen Angriffskriegs war Nord Stream 2 gestoppt worden. Mittlerweile sind die Röhren in der Ostsee durch Explosionen beschädigt. Die Rohre in Mukran waren für eine ursprünglich län-

gere Variante von Nord Stream 2 vorgesehen.

Die Deutsche Umwelthilfe kritisierte das Projekt scharf: Mit einer Kapazität zum Import von jährlich bis zu 38 Milliarden Kubikmeter Gas wäre es das aktuell größte fossile Projekt Europas. Die 38 Milliarden Kubikmeter entsprächen rund 80 Millionen Tonnen CO₂, wenn das Gas verbrannt wird. Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner: „Die Pläne sind völlig überdimensioniert. Die geplanten Kapazitäten sind auch, gemessen an den Projekten in Wilhelmshaven

oder Brunsbüttel, gigantisch. Dort haben die Terminalschiffe eine Kapazität von lediglich fünf bis 7,5 Milliarden Kubikmeter pro Jahr.“ Der Bau des Terminals wäre eine beispiellose Industrialisierung der Ostsee. „Und dies in einem sowohl naturschutzfachlich als auch touristisch besonders sensiblen Gebiet“, sagte Müller-Kraenner. Es drohten immense Schäden an ökologisch einmaligen Lebensräumen. „Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um diese gigantische Industrieanlage vor Rügen zu stoppen.“

Angst vor polnischen Meilern

Das erste AKW-Projekt bei Danzig scheiterte vor mehr als 30 Jahren. Nun plant Polen den Bau von drei Kernkraftwerken. Ostdeutsche Politiker wollen die Projekte noch stoppen.

Russlands Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen haben in Polen den Willen gestärkt, nach jahrzehntelanger Vorarbeit in die Nutzung der Atomkraft einzusteigen. "Heute gibt es kein Zurück mehr", sagte vorige Woche Mateusz Berger, der Regierungsbeauftragte für strategische Infrastruktur, der Warschauer Zeitung "Dziennik". "Das versteht jeder, der die geopolitische Lage sieht, in die wir nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine geraten sind." Außerdem gebe es in Polen einen "gesellschaftlichen Konsens und verringerte Befürchtungen gegenüber der Nuklearenergie als solcher". Umfragen zufolge ist die Zahl der Befürworter des AKW-Baus im Land von 39 Prozent im Jahr 2021 auf etwa 75 Prozent gestiegen. Die Atomenergie würde auch den Abschied von der für die Umwelt schädlichen Stein- und Braunkohle erleichtern. Man habe in der Atomfrage eine "gute Zusammenarbeit" mit der EU-Kommission, sagte Berger.

Der Staatssekretär sprach über Standorte für drei AKWs. Am weitesten gediehen sind die Pläne in der in Ostseenähe gelegenen Gemeinde Choczewo westlich von Danzig. Ganz in der Nähe hatte das kommunistische Regime schon in den Achtzigerjahren begonnen, ein erstes AKW zu bauen, scheiterte jedoch unter anderem am Widerstand der Bevölkerung. Jetzt soll dort spätestens 2026 mit dem Bau des ersten Reaktorblocks begonnen werden, der 2033 ans Netz gehen soll. Es geht dabei um einen Druckwasserreaktor vom Typ AP1000, den die amerikanische Firma Westinghouse bauen soll. Die Baukosten für das erste Kraftwerk bezifferte Ministerpräsident Mateusz Morawiecki auf etwa 20 Milliarden Euro.

Bis zum Jahr 2043 sollen in Polen nach bisheriger Planung zwei weitere Atomkraftwerke folgen. Für Standort Nummer zwei nannte Berger als "logischste Wahl" den Ort Belchatów, auch aus Gründen der Arbeitsplatzsicherung: Dort soll bis 2036 ein großes Kohlekraftwerk abgeschaltet werden. Noch vor der Parlamentswahl im Herbst könne die Standortfrage entschieden sein. Als künftiger dritter Standort kommt die Gemeinde Patnów infrage, die wie Belchatów in Zentralpolen liegt. Dort könne die "sehr gute Idee" des

polnischen Großunternehmers Zygmunt Solorz mit einem koreanischen Konzern und dem polnischen Staat als Minderheitseigner zum Zuge kommen. Im Oktober wurde eine Zusammenarbeit vereinbart. Erst wenn Polen durch "große" AKWs Kompetenzen entwickelt habe, könne man auch an die Technologie der kleinen modularen Reaktoren (SMR) denken.

In Deutschland gibt es Widerstand vor allem gegen das Vorhaben in Choczewo. Die vier grenznahen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Berlin fordern, es zu stoppen. Sein Land appelliere "seit Jahren" an die polnische Regierung, im Interesse der Bevölkerung beiderseits der Grenze auf das Vorhaben zu verzichten, sagte der Minister für Landwirtschaft und Umwelt in Mecklenburg-Vorpommern, Till Backhaus (SPD), der F.A.Z. Er verwies dabei unter anderem auf die Atomunfälle in Tschernobyl und Fukushima.

Natürlich habe jeder EU-Mitgliedstaat das Recht, seine Energieversorgung selbst zu bestimmen, so Backhaus. Doch wegen der unabsehbaren Umweltgefahren und "schwerwiegender Folgen für die menschliche Gesundheit bei Störfällen" habe Schwerin seine Bedenken im Rahmen des Umweltverträglichkeitsverfahrens (UVP) formuliert. Das ist ein grenzüberschreitendes Verfahren zur Standortwahl sowie zu Bau und Betrieb, das Polen bereits 2015 begonnen hat. Deutschland beteiligt sich an dem Verfahren. Eine gemeinsame Stellungnahme der vier Bundesländer wurde Ende 2022 unter Federführung Schwerins eingereicht. Dabei wurden Fragen zu Sicherheitsstandards, radioaktiven Belastungen und Auswirkungen auf die Umwelt formuliert. Doch wird in Deutschland nicht davon ausgegangen, dass die Einwendungen zu einem Stopp führen.

In Brandenburg sagte der grüne Ressortchef Axel Vogel der F.A.Z.: "Als Umweltminister bin ich strikt gegen den Bau dieses Atomkraftwerks." Im Rahmen des UVP "wird das Umweltministerium die ökologischen Bedenken in geeigneter Weise vorbringen", kündigte Vogel an. Schon Mitte Dezember hatte das Verbrau-

cherschutzministerium in Potsdam, das von Ursula Nonnemacher (ebenfalls Grüne) geführt wird, sich ablehnend geäußert. Auf weitere Nutzung der Kernenergie solle "im Interesse der Bevölkerung und Umwelt der Ostseeanrainer verzichtet werden", hieß es in einer Stellungnahme, der sich Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen anschlossen. In Gänze hat die brandenburgische Landesregierung allerdings bisher keinen Beschluss gefasst. Auch der Freistaat Sachsen hat sich ablehnend geäußert.

Warschau hatte zuvor erklärt, dass "die grenzüberschreitende (radiologische) Auswirkung des polnischen Kernkraftwerks gänzlich unbedeutend sein" werde. Sofern die Daten korrekt seien, sei daraus "in der Tat keine unmittelbare, radiologisch bedingte gesundheitliche Gefährdung" für die Einwohner Sachsens ableitbar, schreibt das ebenso von den Grünen geführte Umweltministerium in Dresden in einer Stellungnahme an die Woiwodschaft Pommern, die den Bau genehmigen will. Allerdings könnten schon geringfügige Mengen radioaktiver Stoffe "gravierende psychische, wirtschaftliche und soziale Folgen" sowie Konsequenzen für Landwirtschaft, Gastgewerbe und Tourismus haben.

Vor allem aber wegen der schwierigen und teuren Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle sei jedoch "die Wirtschaftlichkeit der Kernenergienutzung aus unserer Sicht in der Gesamtbetrachtung nicht gegeben", heißt es in dem der F.A.Z. vorliegenden Schreiben. Die Bundesrepublik Deutschland habe deshalb entschieden, die Nutzung der Kernenergie zu beenden. "Sofern die Republik Polen im Rahmen einer Neubewertung der Kosten, des Nutzens und der Risiken der Kernenergie zu einem ähnlichen Ergebnis kommt, würden wir das sehr begrüßen."

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) dagegen äußerte sich erst Mitte Januar positiv

zu dem geplanten Kraftwerksneubau in Polen. "Andere Länder machen es vor", erklärte er und nannte als Beispiele Frankreich, Belgien und Polen, die entweder AKWs modernisieren, Laufzeiten verlängern oder neue planen. Es sei "höchste Zeit, dass auch wir uns der Debatte über eine Laufzeitverlängerung und moderne Kernforschung stellen". Kretschmer verweist seit Monaten darauf, dass Deutschlands Industrie sehr auf eine zuverlässige und preiswerte Energieversorgung angewiesen sei.

Auch wenn die Opposition aus Deutschland stark ist, im Ostseeraum ist Polen mit seinen Plänen alles andere als isoliert. Im gegenüberliegenden Schweden ist Atomkraft wieder hoch im Kurs: Kürzlich legte die schwedische Regierung einen Vorschlag zur Veränderung der Gesetzgebung zur Kernenergie vor, mit welcher der Bau von Atomkraftwerken an weiteren Standorten ermöglicht werden soll. Bisher ist die Zahl der Kraftwerke auf zehn beschränkt. Auch soll die Beschränkung auf nur drei Standorte landesweit aufgehoben werden. Laut der zuständigen Klimaministerin Romina Pourmokhtari sollen künftig kleinere Reaktoren dort gebaut werden, wo Strom benötigt wird. Geprüft wird auch, ob bereits stillgelegte Reaktoren wieder hochgefahren werden können.

Finnland setzt ebenfalls weiterhin auf Atomkraft. Kürzlich schlug Finnlands Wirtschaftsministerium vor, die Laufzeit des Atomkraftwerks Loviisa im Süden Finnlands um zwanzig Jahre bis 2050 zu verlängern. Die zwei Reaktoren in Loviisa erzeugen rund zehn Prozent des Stroms, der in Finnland verbraucht wird. Im Land ist die Zustimmung zu Atomkraft unverändert hoch. Dort wundert man sich über Kritik aus Deutschland und verweist darauf, dass eine Stromherstellung aus Kohle weit umweltschädlicher sei. In Deutschland wurden zuletzt rund 50 Prozent des gesamten Stroms aus Kohle gewonnen.



 Ostsee-Zeitung.de | 13.02.2023 Eckhard Oberdörfer WEBLINK

Innovation im Lubminer KKW nach Störfall

Ein Diplomingenieur schlug Verbesserungen vor, die seiner Ansicht nach auch die Fukushima-Katastrophe verhindert hätten.

Im KKW Lubmin kam es in der DDR-Zeit zu einer Reihe von Störfällen. Schon 1975 bestand für Block I die Gefahr einer Kernschmelze.

Lubmin. Störfälle im einzigen größeren Kernkraftwerk der DDR haben im ehemaligen Osten mit ihren kontrollierten Medien nicht die Rolle gespielt, die sie in der Bundesrepublik gehabt hätten.

Die KKW-Mitarbeiter waren sehr qualifiziert – das erwies sich als echter Vorteil bei Störfällen, ist Herbert Lafery überzeugt. Er arbeitete in Lubmin und erzählt dazu eine Geschichte. Infolge eines Kabelbrandes im Block I im Dezember 1975 fielen Strom- und Notstromversorgung aus.

Veröffentlichung in Fachzeitschrift abgelehnt

Das hätte letztlich eine Kernschmelze zur Folge gehabt, weil am Ende keine Kühlung in der aktiven Zone mehr möglich war. „Als der Oberschichtleiter die Anweisung zum provisorischen Anschluss einer Speisepumpe an das Stromnetz des Blocks II anwies, hatte der Schichtleiter Elektrotechnik diese Aufgabe bereits eigenverantwortlich übernommen“, berichtet Lafery. Dadurch sei wertvolle Zeit gewonnen, die Wahrscheinlichkeit einer Kernschmelze entscheidend reduziert und letztlich verhindert worden, so Lafery weiter.

Ihm ließ das keine Ruhe. 1976 schlug er seinem Chef Maßnahmen vor, um die Gefahr einer Kernschmelze mit Sicherheit zu bannen. Passiert ist erst einmal nichts. 1977 war der nunmehrige Diplomingenieur für die Generatoren für die Notstromversorgung verantwortlich. Er befasste sich 1978/79 noch intensiver mit dem Problem und stellte in seiner Freizeit Berechnungen an. „Meine Arbeit hatte ich für eine Fachzeitschrift konzipiert. Eine Veröffentlichung wurde wegen des damaligen Sicherheitswahns abgelehnt.“

Deionat wurde Teil des Havarie-Konzepts

Die Berechnungen des nunmehrigen Stabsleiters beim Produktionsdirektor Erzeugung überzeugten die Leitung. Deionat – vollständig entsalztes Wasser wurde Teil der Havarie-Konzeption. Mit den Pumpen der Wasseraufbereitungsanlage oder mit Feuerwehrschräuchen konnte über dafür geschaffene Anschlüsse im Ernstfall in die Dampferzeuger Deionat eingeleitet werden. Ab Block V wurden Deionatbehälter (500 Kubikmeter) eingebaut. Lafery ist überzeugt, dass die Kernschmelze in Fukushima hätte verhindert werden können, wenn man ähnliche Vorkehrungen für den Fall des Ausfalls der Strom- und Notstromversorgung getroffen hätte.



Bildunterschrift: Die Feuerwehr des KKW, hier bei einer Übung, konnte im Ernstfall entsalztes Wasser in die Dampferzeuger pumpen, um eine Kernschmelze zu verhindern.